

DIE WELT NACH CORONA

ZEHN BAUSTEINE FÜR EINE GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE GESELLSCHAFT

WO WIR STEHEN

Die durch COVID-19 ausgelöste Krise ist schon jetzt die größte Herausforderung für Gesundheit, Bildung, Sozialstaat und Ökonomie, die wir in diesem Jahrhundert erlebt haben.

Die Krise hat Missstände und Herausforderungen schonungslos offengelegt. Sie hat das tägliche Leben verändert: In unserem neuen Alltag sind Videokonferenzen, mobiles Arbeiten oder bargeldloses Bezahlen selbstverständlich geworden. Die Not hat den digitalen Wandel vorgebracht. Und gleichzeitig überschattet die Krise viele Fragen, die ungelöst sind:

- Wie sichern wir gleiche Teilhabechancen für alle?
- Wie schaffen wir eine Balance zwischen Arbeit, Wirtschaft und Umwelt?
- Wie organisieren wir den Ausgleich von Interessen?

KURZGEFASST

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten vier Monaten verändert und wird sich weiter verändern. Es ist wichtig, dass wir nicht nur daraus lernen, sondern die neue Zeit aktiv gestalten. Das muss unser Anspruch und unser Ziel sein. Wir stehen vor einer Weggabelung!

DER NEOLIBERALISMUS IST WIDERLEGT, ABER NICHT ÜBERWUNDEN

Schlanker Staat und schwarze Null?

Staaten, die sich vorher kaputt-gespart haben, kommen schlechter durch die Krise. Staaten, die ein funktionierendes öffentliches Gesundheitssystem und ein stabiles soziales Auffangnetz für Beschäftigte und Unternehmen vorhalten, besser.

Der Markt regelt alles?

Die herunter geregelte Weltwirtschaft hat die private Altersvorsorge vieler innerhalb von Tagen pulverisiert. Für jeden ist offensichtlich, dass äußere Krisen Märkte ohne weiteres erschüttern. Lebenswichtige Güter, die nicht vorgehalten werden, stehen im Krisenfall nicht zur Verfügung.

Systemrelevante Berufe?

Findet man an der Supermarkt-Kasse, im Pflegeheim oder am LKW-Lenkrad, nicht in Bankentürmen.

Dort produzieren, wo es am billigsten ist?

Die Preis- und Standortlogik ist irreführend, solange ökologische oder soziale Folgen auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Ein Centprodukt würde nicht den gesamten Globus überqueren um zu uns zu gelangen, wenn es zu vertretbaren Löhnen und Umweltstandards produziert würde – lange Lieferketten brauchen Regeln.

KURZGEFASST

Wir müssen aufhören, weiterhin die immer gleichen Fehler zu begehen. Innerhalb weniger Wochen hat die Krise neoliberale Dogmen widerlegt. Aber die Ideen sind nicht überwunden. Einige wollen eine Weltwirtschaft mit niedrigen Löhnen, Abbau des Sozialstaats und Steuer-senkungen für Reiche ankurbeln. Dem müssen wir eine progressive, menschliche und krisenfeste Alternative entgegensetzen.

DIE GERECHTE VERTEILUNG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN GEWINNT AN BEDEUTUNG

In der Krise wird deutlich, dass die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen zu verminderten Chancen führt. Und es stellt sich die Frage, wer die Krisenkosten trägt.

Nach Studien der OECD ist Einkommens- und Vermögensungleichheit auch eine Wachstumsbremse. Für sozialen Frieden und wirtschaftliche Dynamik brauchen wir faire Löhne, mehr Tarifbindung und die Überwindung von Ausbeutungsverhältnissen.

Wir stellen fest: die Schere zwischen Arm und Reich geht seit Jahren auseinander. Um Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Geringverdiener einerseits zu entlasten und andererseits einen starken und handlungsfähigen Staat mit einer modernen Infrastruktur und intakten Daseinsvorsorge zu garantieren, braucht es eine fundamentale Umverteilung

durch höhere Steuern auf Kapitalerträge sowie eine Beteiligung von Finanztransaktionen, großen Vermögen und Millionenerbschaften an der Finanzierung unseres Gemeinwesens.

KURZGEFASST

Einkommen und Vermögen müssen gerechter verteilt sein. Das schafft sozialen Frieden und begünstigt wirtschaftliche Dynamik. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, dessen Hauptlasten nicht nur von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getragen werden. Vermögende müssen mehr tragen.

CHARAKTER ZEIGT SICH IN DER KRISE

Die Antwort unserer Zivilgesellschaft auf die Krise zeigt, was uns zusammenhält und stark macht: Solidarität, Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft. Fremde helfen sich beim Einkaufen. Millionen akzeptieren persönliche Einschränkungen, um andere zu schützen. Tausende riskieren ihre Gesundheit im Rahmen ihres Berufs, damit wir versorgt sind. Die Bundesregierung mobilisierte unter Federführung von SPD-geführten Ministerien Milliarden, um Menschenleben zu retten und wirtschaftliche Existenzen zu sichern. Innerhalb weniger Wochen wurden die Kosten der Wiedervereinigung ausgegeben. Daran sehen wir: Handeln ist keine Frage der Machbarkeit, sondern des Willens!

KURZGEFASST

Der Charakter zeigt sich in der Krise. Unsere Gesellschaft wird durch Solidarität geeint. Bei der Verausgabung von öffentlichen Mittel muss gelten: Nicht kleckern, sondern klotzen – aber klug, vorausschauend und nachhaltig. Wir investieren in die Zukunft, nach der Krise soll es besser sein.

WORAUF ES JETZT ANKOMMT

UNSERE BAUSTEINE FÜR EINE GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE GESELLSCHAFT

Seit einigen Monaten und dies gilt auch für die nahe Zukunft, liegt unser Hauptaugenmerk darauf, die Krise gut zu bewältigen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig es gerade für die SPD ist, zu beantworten, auf welchem Fundament wir unsere Gesellschaft nach der Krise aufbauen wollen. In welcher Welt wir leben wollen. Denn jetzt klärt sich auch, ob das freiheitlich europäische Modell sich durchsetzt oder das autoritäre und reaktionäre. In einer Welt, die im Wandel ist, wollen wir Orientierung geben. Orientierung entsteht dabei nicht durch Maßnahmen und Spiegelstriche, sondern durch Wertvorstellungen, die uns leiten. Folgende zehn Bausteine bilden eine Klammer um unsere Politik.

■ **SOLIDARITÄT STATT EGOZENTRIK**

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die solidarisch ist – eine, in der die Menschen aufeinander achtgeben und füreinander Verantwortung übernehmen. Mit einem solidarischen Sozialstaat, der die Menschen einfach und aktiv unterstützt – der als Partner hilft, wenn sie ihn brauchen. Der das Leben leichter macht und einfach zugänglich ist. Wir sichern die Handlungsfähigkeit des Sozialstaates durch mehr Steuergerechtigkeit, denn wir sagen: Starke Schultern können mehr tragen als schwache.

Wir schützen die Lebensleistung deren, die sich ein Leben lang um die Gesellschaft verdient gemacht haben – im Beruf, in der Fürsorge für Familie und Angehörige, im Ehrenamt. Und wir wollen, dass die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger – in der Pflege, an der Supermarktkasse, in der Kindertagesstätte oder am Lenkrad von LKWs – fair bezahlt werden. Wochenlang sind wir gut durch die Krise gekommen, weil Menschen im Alltag solidarisch zueinander waren, Solidarität als gesellschaftliches Prinzip wird uns auch in Zukunft stärker machen.

■ EMPATHIE STATT GLEICHGÜLTIGKEIT

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die von gegenseitigem Respekt geprägt ist und in der man sich füreinander interessiert. Wir fragen uns: Was wird aus unseren Nächsten? Was wird aus den Menschen, die den Laden am Laufen halten – nicht nur in Zeiten der Pandemie und wie schaffen wir mehr Gerechtigkeit? Die Fenster zu öffnen und in der Krise für systemrelevante Berufe zu klatschen, war eine schöne Geste. Aber gute und wichtige Arbeit verdient bessere Arbeitsbedingungen, nicht nur Applaus.

Was wird aus Familien, die weniger Geld haben? Wer Kinder großzieht, braucht besondere Unterstützung. Was wird aus Kindern und Jugendlichen, aus Schulabgängern? Kinderrechte müssen gestärkt werden. Jugendliche brauchen nach der Schule eine Perspektive. Und was wird aus den Alten und Kranken? Alle Menschen sind gleich wertvoll, brauchen aber unterschiedliche Unterstützung – entlang ihrer Lebenslagen, nicht der Sozialgesetzbücher. Wir wollen das Leben leichter machen. Ein Sozialstaat, der einfach hilft und für die da ist, die ihn brauchen ist unser Ziel.

■ GEMEINWOHL STATT PROFIT

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der das Gemeinwohl im Mittelpunkt steht. Kernbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge etwa in der Gesundheit, in der Bildung oder in der Mobilität sollen in öffentlicher Verantwortung sein damit sie allen gleichermaßen offenstehen. Da, wo der Staat keine oder nur wenig Infrastruktur vorhält – etwa im Bereich Wohnen oder Telekommunikation müssen Gemeinwohlerinteressen auch mit Regeln durchgesetzt werden.

Auch ein gutes Zuhause darf keine Frage des Geldbeutels sein. In der Krise retten wir mit Steuergeld auch private Unternehmen. Denn Arbeitsplätze sind systemrelevant. Wir sichern damit Industriezweige und wirtschaftlichen Existenzen, nicht die Dividenden der Aktionäre oder die Boni der Manager. Wir fördern Technologien der Zukunft durch Forschung und Innovation, nicht Technologien der Vergangenheit durch Kaufprämien.

■ FREIE DEMOKRATIE STATT UNFREIE AUTOKRATIE

Wir wollen in einer freien Gesellschaft leben. Deshalb verteidigen wir nicht nur die Freiheit des Denkens, des Gewissens und des Glaubens. Freiheit braucht Bürgerrechte. Bürgerrechte legen dem Staat Grenzen auf, ohne die es keine Demokratie geben kann. Eingriffe in diese Rechte dürfen nur in engen verfassungskonformen Grenzen erfolgen, z.B. zum Gesundheitsschutz oder des Lebens Dritter. Unsere Haltung zu Freiheit ist immer konkret: So waren die Einschränkungen des öffentlichen Lebens während der Pandemie erforderlich, um Gesundheit von Millionen und Menschenleben von

Zehntausenden zu schützen. Umgekehrt bedarf es der schrittweisen Rückkehr zur Normalität, wenn und soweit es die Pandemie-Lage zulässt. Mit der Corona-App können wir zeigen, dass demokratische und freie Staaten digital Informationen sammeln und zum Wohle aller nutzen können, ohne dabei die Freiheitsrechte der einzelnen einzuschränken. Wir wollen keinen gläsernen Bürger oder den Einstieg in ein Sozialkredit-System nach chinesischem Vorbild. Digitaler Fortschritt und Freiheitsrechte sind vereinbar.

Wir wollen in einem Rechtsstaat leben. Denn nur der Rechtsstaat garantiert, dass alle vor dem Gesetz gleich sind. Zum Rechtsstaat gehören Gewaltenteilung, die Kontrolle der Regierung, unabhängige Gerichte und freie Presse als unveräußerliche Bürgerrechte. Rechtsstaatlichkeit ist fester Bestandteil der europäischen Idee. Deswegen müssen wir entschlossen handeln, wenn rechtsstaatliche Prinzipien bei uns und in unserer Nachbarschaft verletzt werden. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind zwei Seiten einer Medaille.

■ VERNUNFT STATT IRRATIONALITÄT

Wir wollen in einer demokratischen Gesellschaft leben, die auf Vernunft fußt. Die komplexen Herausforderungen der Gegenwart sind nur durch freie Forschung, wissenschaftlichen Diskurs und gesellschaftlicher Debatte zu bewältigen. Wir erleben gleichzeitig eine Hochphase von rechter und antidemokratischer Hetze, von unterkomplexen Antworten und Verschwörungsmythen, denen durch Vernunft nicht beizukommen ist. Neben sogenannten Verschwörungstheoretikern gibt es in unserer Gesellschaft zunehmend Bürger und Bürgerinnen, deren Vertrauen in staatliche Institutionen sinkt. Es ist bedenklich, wenn Informationsquellen wie geschlossene Messengergruppen höheres Vertrauen genießen als Nachrichtensendungen. Neben dem konsequenten Kampf gegen rechts, wollen wir die politische Bildung, die Medienkompetenz, Kinderrechte und die politische Partizipation insbesondere durch das Wahlrecht auf kommunaler Ebene ab 16 stärken. Als älteste demokratische Partei haben wir eine zentrale Verantwortung, Räume für Debatten zu schaffen.

Kontroverse Themen, die Menschen bewegen, müssen bei uns breit, offen und unvoreingenommen diskutiert werden.

■ MENSCHLICHKEIT STATT RASSISMUS

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die menschlich ist. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie haben den gleichen Wert, egal woher sie kommen, an wen sie glauben oder wen sie lieben. Unsere Überzeugung von der Unverletzlichkeit der menschlichen Würde verpflichtet uns zum entschlossenen Handeln gegen Diskriminierung, Leid und Not. Unsere Haltung zu Freiheit ist immer konkret: So waren die Einschränkungen des öffentlichen Lebens während der Pandemie erforderlich, um Gesundheit von Millionen und Menschenleben von Zehntausenden zu schützen. Umgekehrt bedarf es der schrittweisen Rückkehr zur Normalität, wenn und soweit es die Pandemielage zulässt. Menschlichkeit und Realismus schließen sich dabei nicht aus.

Wir allein können nicht jeden Menschen auf diesem Globus retten. Aber wir versperren uns auch in der größten Krise nicht dem Leid von Menschen, die vor Hunger, Tod und Elend fliehen. Und, wo es die Kraft für billionenschwere Corona-Schutzschirme gibt, da ist auch Platz für 4.000 unbegleitete Kriegsflüchtlinge, die ohne ihre Eltern in Zelten an der griechischen Grenze sind.

■ **NACHHALTIGKEIT STATT KURZSICHTIGKEIT**

Wir wollen in einer nachhaltigen Gesellschaft leben. Dabei ist Nachhaltigkeit nicht nur ein Ausdruck für Klimaschutz. Wir wollen den Wandel der Gesellschaft zu mehr sozialem und ökologischem Ausgleich fördern. Denn eine klimafreundliche und ökologische Zukunft gibt es nur mit einer sozialen Perspektive und ökonomischer Stabilität. Eine sozial nachhaltige Gesellschaft ist krisenfester, weil sie Spielräume lässt. Wer in normalen Zeiten nicht am Rande des Limits arbeitet, sondern auch die Zeit für Extras hat, der kann in Krisenzeiten auch noch etwas draufpacken.

Beispielsweise bestehen in einem Gesundheitssystem, in dem Pflegekräfte und Ärzte zu guten Bedingungen arbeiten und sich dem Wohl der Patienten zuwenden, Kapazitäten um unter Belastungssituationen wie COVID-19 zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Jeder trägt Verantwortung – nicht nur in seinem Mobilitätsverhalten, braucht aber auch echte Alternativen. Diese wollen wir schaffen.

Wir erkennen die Endlichkeit von Ressourcen an und wollen Bahn, Bus, Auto und Fahrrad verzahnen und den Verkehr an die Mobilitätsbedarfe von Menschen orientieren. Damit wir möglichst schnell, günstig und klimaschonend ans Ziel kommen. Gleichzeitig wollen wir industrielle Arbeit und Umwelt versöhnen. Klimaschutz kann und muss gerecht sein. Das kann gelingen, wenn wir den Umbau unserer Industrie vorantreiben – mit Innovationen und neuen Technologien wie Wasserstoffantrieben und mit regenerativer Energiegewinnung. "Made in Germany" muss wieder das Label für Zukunftstechnologien werden.

■ BILDUNGSCHANCEN STATT HÜRDEN

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder sind ein wichtiger Gradmesser dafür, wie gerecht es in unserer Gesellschaft zugeht. In einer Wissensgesellschaft sichert gute Bildung unseren Wohlstand, auch in Zukunft. Gute Bildung ist aber auch die Grundlage dafür, dass sich Kinder gut entwickeln und individuell entfalten. Wir nehmen nicht hin, dass die Bildungschancen jedes einzelnen Kindes immer noch überwiegend von der Herkunft abhängen. Unter Homeschooling-Bedingungen tritt die Ungleichheit im Schulsystem offen zutage. Wenn die Eltern nicht bei den Schulaufgaben helfen können, wenn zu Hause keine vier Laptops und schnelles Internet zur Verfügung stehen, bleiben manche Kinder auf der Strecke. Wir sagen: Kein Kind darf zurückgelassen werden. Gute Bildung für alle erreichen wir nur, indem Bund und Ländern die Finanzierung von Bildung und Betreuung dauerhaft mehr wert ist: Für den Ausbau der Betreuungsplätze ab dem U-3 Bereich, für die Einstellung von gut bezahlten und qualifizierten Fach- und Lehrkräften, für moderne Betreuungs- und Unterrichtsräume und die besten Schulen.

Die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Fachpersonal muss reformiert werden. Das Erlernen von digitalen Technologien muss für alle Kinder gleichermaßen zum Standard werden, unabhängig vom Einkommen der Eltern und vom Wohnort. Freie Bildung ist aber mehr als offene allgemeinbildende Schulen. Wir wollen, dass junge Menschen auch nach dem Schulabschluss eine freie Wahl haben. Deswegen wollen wir die Gebühren für vollschulische Ausbildungsgänge abschaffen und mit den Unternehmen gemeinsam sicherstellen, dass auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten ausreichend Lehrstellen bereitstehen. In einer Wissensgesellschaft, die sich ständig verändert soll Bildung und Weiterbildung kein Luxus für wenige, sondern ein freies Gut für alle sein.

■ FORTSCHRITT STATT RÜCKSCHRITT

Wir wollen in einer fortschrittlichen Gesellschaft leben. Gesellschaftlicher Fortschritt ist vor allem eine Geschichte der Geschlechtergerechtigkeit und der Gleichstellung von Frauen. Mehr als 100 Jahre nach Erämpfen des Frauenwahlrechts droht während der Pandemie ein Schritt zurück. Nach einer Studie des WZB haben 20 % der Frauen Corona bedingt ihre Arbeitszeit reduziert. Eine echte Wahlfreiheit in der Aufteilung von Erziehungsaufgaben besteht nur, wenn es keine ökonomisch begründete Entscheidung ist. Und wenn eine gute öffentliche Kinderbetreuung gewährleistet ist, wenn Familie und Beruf vereinbar sind. Gleichbehandlung, Beseitigung der Diskriminierung, Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen sind nach wie vor nicht vollständig durchgesetzt. Berufe, die regelmäßig von Frauen ausgeübt werden, sind häufig schlechter bezahlt. Das gilt beispielsweise für Pflegekräfte, Reinigungskräfte, Kita-Erzieherinnen, Grundschullehrerinnen, Dienstleistungen am Menschen, Fachkräften im Bereich Lebensmittel, Gastronomie und Ernährung.

Deswegen brauchen wir nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sondern auch gleichen Lohn für vergleichbare Arbeit. Während der Pandemie gab es viel Applaus für systemrelevante Berufe. Systemrelevanz verdient aber nicht nur Applaus, sondern auch mehr Geld.

■ EUROPA STATT BEDEUTUNGSLOSIG- KEIT

Weltweit kämpfen Nationalisten gegen internationale Bündnisse und zwischenstaatliche Solidarität. Das ist keine Folge der Pandemie. Sehr wohl hat die Pandemie aber beispielsweise im rücksichtslosen Kampf um Masken und Impfstoffe gezeigt, dass wir in Europa im Zweifel auf uns allein gestellt sind. Um international Gewicht zu entfalten, müssen wir in der Europäischen Union unsere Kräfte bündeln. Wir geben Kompetenzen ab und gewinnen durch die Gemeinschaft politische Gestaltungsräume zurück. Europa wird auch wieder Vorbild für andere Staaten sein, die nicht dem chinesischen oder russischen Modell folgen. Hierfür müssen wir Europa nach der Krise aber umbauen.

Die Menschen begeistern sich nicht für eine zerstrittene Interessengemeinschaft, sondern für gemeinsame Werte von Freiheit und Demokratie und Zukunfts-entwürfe. Wir brauchen konkrete Projekte, die Menschen verbinden, Beschäftigung schaffen, nachhaltige Technologien fördern wie ein europäisches Fernverkehrsnetz. Wir brauchen ein Europa, das soziale und ökologische Standards verbessert und international durchsetzt, nicht dereguliert. Dann, wenn wir uns nicht einigen können, kann und muss es unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten in Europa geben. Im Umgang mit unseren Grundwerten braucht es ein konsequenteres Handeln: Wer Rechtsstaat nicht achtet, darf nicht von EU-Mitteln profitieren – kein Geld für Einschränkungen von Justiz, Parlament und freier Presse. Und auch wirtschaftlich muss sich Europa in einer Welt der Plattformökonomien emanzipieren: 67 % der wertvollsten Plattformen sind US-amerikanisch, 28 % sind asiatisch, nur 3 % sind europäisch. Die nächste technologische Idee, die die Welt erobert, muss europäisch sein.

DIE WELT NACH CORONA

DIE AUTOR*INNEN STELLEN SICH VOR



Kaweh Mansoori:

Als Rechtsanwalt berät Kaweh schwerpunktmäßig die öffentliche Hand und ist vor allem für Kommunen und deren Unternehmen tätig. Der heute 32-Jährige trat 2008 in die SPD ein. Er war Landesschulsprecher, Vorsitzender Jusos Hessen-Süd und Jusos Hessen. Seit 2019 ist Kaweh Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd und stellv. Landesvorsitzender der SPD Hessen.



Dagmar Schmidt, MdB:

Die studierte Historikerin sitzt seit 2013 für den Lahn-Dill-Kreis im Deutschen Bundestag. Sie ist Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion, im Bundesvorstand der SPD und stellv. Vorsitzende des SPD-Bezirk-Hessen-Süd und der SPD Lahn-Dill.



Heike Hofmann, MdL:

Die studierte Rechtswissenschaftlerin ist seit 2000 Mitglied im Hessischen Landtag. Sie ist rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Vizepräsidentin des Hessischen Landtags, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Darmstadt-Dieburg und stellvertretende Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd.